

Lösungen gesucht

FBP-Fraktion ortet Handlungsbedarf im Bereich der häuslichen Pflege und Betreuung

SCHAAN – Die häusliche Betreuung von Pflegebedürftigen ist eine wichtige Alternative zur stationären Betreuung. Die FBP-Landtagsfraktion ortet in diesem Bereich Verbesserungspotenzial.

• Martin Hasler

Die Abgeordneten der FBP haben gestern im Landtagsbüro ein Postulat eingereicht, das die Regierung zum Aufzeigen von Lösungswegen auffordert. Zwar nehme die Fachstelle für häusliche Betreuung und Pflege ihre derzeitigen Aufgaben professionell wahr; auch die Auszahlung der Betreuungs- und Pflegegelder durch die AHV/IV/FAK-Anstalten funktioniere einwandfrei. Dennoch ortet die FBP drei Problemfelder, für welche die Regierung gemäss Postulat mögliche Lösungen aufzeigen soll.

Pflegebedürftige überfordert

Erstens wird bemängelt, dass das Arbeitsverhältnis zwischen Pflegebedürftigen und Betreuungspersonen heute den Pflegebedürftigen in die Rolle des Arbeitgebers zwingt – und diesem die damit einhergehenden Pflichten aufdrängt. «Hier scheint Handlungsbedarf gegeben, da dies die Möglichkeiten des Pflegebedürftigen oft weit übersteigt und ihn überfordert», finden die Postulanten. Ein möglicher Schritt zur Entspannung dieses Verhältnisses sei beispielsweise die Ermöglichung der Auszahlung von Nettobeträgen.

Zweitens gestalte sich die Suche nach geeignetem Personal für die häusliche Pflege oft schwierig:



FOTO WODICKA

Die FBP-Landtagsfraktion fordert in einem gestern eingereichten Postulat neue Grundlagen für die häusliche Betreuung und Pflege.

«Um diese Situation zu verbessern wird die Regierung gebeten aufzuzeigen, wie die Schaffung eines Pools für Betreuungs- und Pflegepersonal gestaltet werden könnte.» Die Regierung solle die möglichen Rahmenbedingungen eines solchen Pools aufzeigen, über welchen

auch hierzulande wohnhafte Personen ihre Dienste anbieten könnten.

Drittens führe der hohe Bedarf an ausländischem Pflegepersonal oft dazu, dass die benötigten Arbeitskräfte illegal im Land arbeiten. Da diese Nachfrage voraussichtlich

auch in Zukunft nicht über inländische Arbeitskräfte zu befriedigen sei, «wird die Regierung gebeten Lösungen aufzuzeigen, wie für diese spezifischen Aufgaben ein möglicher befristeter ausländerrechtlicher Sonderstatus dieser Personen aussehen könnte».